



Protokoll

12. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 15. Mai 2023, 19:00 Uhr bis 20:26 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 18/2022 des Stadtrates: Volksinitiative "In Uster konsumieren – lokal parkieren: Kein Parkplatzabbau in Uster!"
- 4 Postulat 501/2022 von Andrea Grob (FDP), Jürg Krauer (FDP) und Gianluca Di Modica (FDP): Operative Umsetzung der Altersstrategie "Ambulant vor Stationär"
- 5 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Präsident Patricio Frei (Grüne)
Protokoll	Ratsschreiber Daniel Reuter
Anwesend	36 Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Entschuldigt	Stadtschreiber Pascal Sidler
Presse	Christian Brändli, AvU

Der Präsident begrüsst die Medienleute und das Publikum, insbesondere Bürgerrechtsbewerberinnen und -bewerber, auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

1 Mitteilungen

Persönliche Erklärungen

Paul Stopper (BPU) beantragt Redezeitverlängerung um zwei Minuten, welcher der Gemeinderat stillschweigend zustimmt, und verliest folgende Erklärung: *In den Ustermer Bauausschreibungen vom letzten Freitag, 12. Mai ist das Bauvorhaben Nr. 2023-0106 an der Poststrasse 12/14/16/18/20, d.h. von der Gerichtsstrasse bis zur Zürichstrasse publiziert worden. Aus den vielen Hausnummer ist zu erahnen, dass es sich um eine grössere «Kiste» handeln muss. Was auf der Ostseite der Poststrasse begonnen worden ist, soll nun auf der Westseite vollendet werden!! Das heisst mit der Abrissbirne alles Alte wegschaffen.*

Die Bauherrschaft «Maison Hulot» – Teil der «Swiss Prime Site AG» – hat uns Gemeinderäte am 20. April freundlicherweise zu einer Präsentation auf Dienstag, 9. Mai 18.00-20.00 eingeladen. Leider konnte ich daran nicht teilnehmen.

Das Positive: Aus den Baueingabe-Unterlagen sieht das Neubauvorhaben durchaus interessant aus. Die Fassaden sehen wesentlich interessanter aus als bei den Gebäuden in den Kernen Nord und Süd.

Leider nun das Negative: Die beiden Eckhäuser Gerichts-/Poststrasse und Post-/Zürichstrasse (Molino) würden dem Neubau zum Opfer fallen. Diese beiden, das Strassenbild prägenden Objekte sind leider nicht im Ustermer «Inventar der schützenswerten Objekte von kommunaler Bedeutung» enthalten. Kein Mensch weiss, weshalb diese Objekte nicht schützenswert sein sollen. Es sind nämlich neben der alten Post (westliche Ecke Post-/Bankstrasse und CS (östliche Ecke Post-/Bankstrasse die letzten Mohikaner des alten Usters aus der Industrialisierung an der Poststrasse infolge des Bahnbaues.

Neubauten engen Strassen- resp. Fussgängerbereich unakzeptabel ein: Den Baugesuchsunterlagen ist zu entnehmen, dass die Fassaden der neuen Gebäude nicht etwa auf der Fassadenflucht des ehemaligen Hoefmann- resp. Jelmoli-Gebäude zu stehen kämen, sondern direkt hinter der Hinterkante der ohnehin zu schmalen Trottoirs. Sie müssen sich vorstellen, dass die neuen Fassaden auf der gleichen Flucht wie die Hausfassade des Eckhauses Post-/Gerichtsstrasse zu stehen kämen. Ein heute als klarer Engpass feststellbarer Zustand würde also von der Gerichtsstrasse bis zur Zürichstrasse zementiert. Das ist unakzeptabel.

Kommunale Verkehrsbaulinien sollen es richten: Aus den Bauplänen ist ersichtlich, dass die Bauherrschaft ihre neuen Gebäudefluchten direkt hinter die eingetragenen sog. kommunale Baulinie setzen, die identisch mit der Hinterkante des zu schmalen Trottoirs ist.

Neben der Feststellung, dass es gemäss Planungs- und Baugesetz keinerlei «kommunalen Verkehrsbaulinien» gibt, ist mir nicht bekannt, dass der Gemeinderat – der für deren Festsetzung zuständig wäre – je eine solche Baulinie festgesetzt hätte. Deshalb möchte ich gerne das Datum der Festsetzung dieser kommunalen Baulinie kennen. Merkwürdigerweise wird im Bereich des „Molino“ die abgeschrägte Baulinie nicht eingehalten. Dort wird grosszügig gehandelt. Im Sinne der Bauherren.

Poststrasse ist Fussgängerzone mit Velo und Busverkehr: Meine dringende Bitte an den Stadtrat, dieses Projekt öffentlich zu diskutieren und alles dafür zu tun, dass in einer künftigen Fussgängerzone Poststrasse die nötigen Flächen für eine für Uster würdige Fussgängerzone und für Velo und Bus sowie grosszügigen Bäumen und allenfalls Grünflächen geschaffen werden. Notfalls mit einer Planungszone gemäss § 346 Planungs- und Baugesetz.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 11. Sitzung des Gemeinderates vom 17. April 2023 ist am 28. April 2023 öffentlich zugänglich gemacht worden. Das fehlende Referat von Marco Kranner zur Weisung 19/2022 wurde vom Ratsschreiber am 29. April 2023 nachgetragen.

Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

3 Weisung 18/2022 des Stadtrates: Volksinitiative "In Uster konsumieren – lokal parkieren: Kein Parkplatzabbau in Uster!"

Präsident Patricio Frei (Grüne): Grundlage für die Beratungen dieser Vorlage sind die Weisung 18/2022 des Stadtrates vom 25. Oktober 2022, der Antrag der Kommission Planung und Bau vom 8. Mai 2023, der Antrag der FDP/Die Mitte-Fraktion vom 9. Mai 2023 und der Antrag der Grünliberale/EVP-Fraktion vom 15. Mai 2023.

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Karin Niedermann (SP):** *Die Weisung zur Volksinitiative "In Uster konsumieren – lokal parkieren: Kein Parkplatzabbau in Uster!" wurde in der KPB an den drei Sitzungen am 6. und 27. März sowie am 8. Mai 2023 in Anwesenheit von Stadtrat Stefan Feldmann, Stadtplaner Patrick Neuhaus, und Manuela Raab, LG-Leiterin Verkehrsplanung diskutiert.*

Die Initiative verlangt folgendes (ich zitiere): „Bestehende Gemeindebeschlüsse oder Planungsbeschlüsse sind so anzupassen respektive neu zu beschliessen, dass öffentliche Parkplätze nur dann aufgehoben werden können, wenn sie in der Nähe und innerhalb von 6 Monaten ersetzt werden. Insbesondere im Stadtzentrum ist ein unterirdischer Ersatz anzustreben. Der Ersatz ist vor der Planung nachzuweisen. Die Anzahl der am 1.1.2022 tatsächlich bestehenden und planerisch rechtskräftig feststehenden öffentlichen Parkplätze darf nicht unterschritten werden.“

Die Initiantinnen und Initianten begründen ihre Initiative mit der Erreichbarkeit von Uster als zentralem Faktor zur Belebung der Innenstadt und der Attraktivität des Stadtzentrums. Dies sei zum Nutzen von Dutzenden von Gewerbetreibenden, die auf ihre Kundschaft angewiesen seien. Bei ersatzloser Aufhebung von Parkplätzen befürchten sie Abwanderung der Kaufkraft an besser erreichbare Orte und Suchverkehr in den Quartieren. Darum verlangen die Initiantinnen und Initianten, dass der ganze Bestand an öffentlichen Parkplätzen auf dem ganzen Stadtgebiet erhalten bleibe. Sie anerkennen, dass das Stadtzentrum vom motorisierten Verkehr entlastet wird und darum sollen Kundinnen und Kunden möglichst unterirdisch beim Stadtzentrum parkieren können.

Mit der Weisung beantragt der Stadtrat, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Die Weisung ist sehr umfangreich, was der Stadtrat mit dem Wortlaut der Initiative und dessen juristischer Würdigung begründete. In der Kommission erläuterten Stadtrat Feldmann und Stadtplaner Neuhaus ausführlich die Haltung zu Gültigkeit der Initiative, Definitionen von unbestimmten Begriffen des Initiativtextes, und schliesslich den ablehnenden Antrag des Stadtrates.

Die Initiative ist gültig, weil die Anpassungen der Rechtsgrundlagen z. B. im Richtplan grundsätzlich möglich wären; die Rückwirkungsklausel wirft zwar Fragen bezüglich der Praktikabilität der Initiative auf, z. B. wenn kein Platz vorhanden ist um Parkplätze zu kompensieren, diese müssten aber in der Umsetzungsvorlage gelöst werden.

In der Begriffsklärung halten Stadtrat und Stadtplaner fest, dass mit öffentlichen Parkplätzen nur die Parkplätze gemeint sein können, die von der Stadt Uster im Strassenraum markiert sind und von ihr auch im Verwaltungsverfahren aufgehoben werden können. Nicht betroffen sind also «öffentlich zugängliche private Parkplätze», auch wenn sie, wie z. B. der Jelmoli-Parkplatz durch die Stadt Uster bewirtschaftet werden; Kunden- und Besucherparkplätze z. B. in den Tiefgaragen der Einkaufszentren, sowie Parkplätze auf Kantons- und Privatstrassen.

Ein weiterer streitbarer Begriff ist, welche Parkplätze planerisch gesichert sind. Für die Stadt schliesst das Parkplätze mit einer rechtskräftigen Baubewilligung ein, also Gerichtsplatz ja, Zeughaus nein.

Auch 'in der Nähe' wurde definiert – gemäss Definitionskriterien für den öffentlichen Verkehr gelten 500m zum Bahnhof und 300m zu Bushaltestellen als zumutbar.

In ihrer politischen Würdigung begründet die Stadt ihre Ablehnung: Die Stadt bestreitet die These der Initiative, dass im Stadtzentrum ein Parkplatzproblem besteht. Die über 1000 öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Parkplätze seien gemäss systematischen Erhebungen an Wochentagen zu rund 50% ausgelastet, am Samstag zu rund 70%, an einzelnen Spitzentagen auch mal 90%, aber nie mehr. Mit STEK-Projekten könnten maximal 50 der 1000 öffentlichen Parkplätze betroffen sein.

Mit Blick auf die Auslastung würden also 50 Parkplätze weniger problemlos verkraftet werden können. Darüber hinaus befürchtet die Stadt aber insbesondere in den Quartieren Probleme, dass bei allfällig notwendiger und sinnvoller Aufhebung von öffentlichen Parkplätzen keine Lösung zur Kompensation in der Nähe möglich sein könnte, weil kein Land dafür vorhanden oder weil 'Unterirdisch' finanziell keine Option wäre. Bei der Frage Umgestaltung oder Parkplatz würde nach Meinung der Stadt immer der Parkplatz gewinnen.

In der KPB gab es nach diesen Ausführungen lebhaft und engagierte Diskussionen. Ich nenne einige Diskussionspunkte:

- Es wurde klargestellt, dass die Initianten unter 'in der Nähe' rund 100 Meter verstehen und nicht die vom öffentlichen Verkehr abgeleiteten Kriterien. Dem gegenüber steht das Argument: Kompensation von Parkplätzen könnte so noch schwieriger werden.*
- Sind oberirdische oder unterirdische Parkplätze besser? Der Aussage 'Es sollen damit nicht alle oberirdischen Parkplätze aufgehoben werden, d. h. nicht alle Parkplätze sollen unterirdisch gelegt werden' – steht die Aussage gegenüber: oberirdisch läuft auf ein Dilemma zwischen Parkplatz und fußgängerfreundlichem, begrünten Zentrum hinaus. Uster und seine Einwohnenden werden sich entscheiden müssen.*
- Immer wieder wird während der Diskussion auf die jederzeit genügende Anzahl Parkplätze im Zentrum hingewiesen, aber zum Teil befürchtet, dass ein schleichender Abbau stattfinden könnte.*
- Hilft die Parkplatz-Initiative dem Gewerbe? Haben die Schwierigkeiten von Detailhändlern mehr mit Erreichbarkeit und Parkplätzen oder mit verändertem Kaufverhalten, Stichwort „online shopping“ zu tun? Auch hier gibt es verschiedenen Perspektiven*
- Wie macht man Kundinnen und Kunden einkaufen im Zentrum schmackhaft? Die einen argumentieren, 'es braucht Parkplätze für Kundenfrequenz', die anderen argumentieren, dass die Leute zahlreicher in ein verkehrsberuhigtes, nicht Parkplatz-dominiertes Zentrum kommen würden*
- Diskutiert werden auch mögliche Folgen – in den Quartieren – die Befürchtungen sind auch hier unterschiedlich.*

In der Sitzung vom 8. Mai 2023 wird ein Gegenvorschlag, auch in Form einer allgemeinen Anregung, eingebracht und diskutiert, aber in der Abstimmung mit 7:1 abgelehnt.

In den Schlussabstimmungen werden

- Ziffer 1 mit 8:0 Stimmen angenommen,*
- Ziffer 2 mit 8:0 Stimmen angenommen und*
- Ziffer 3 mit 4:4 Stimmen und Stichentscheid Kommissionspräsident abgelehnt, d. h. die Volksinitiative wird angenommen.*

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *Die SP-Fraktion lehnt die Initiative ab. Erstens, weil Uster nur dann weiterkommt, wenn Städtebau und nicht Parkplatz-Erbslizenzerei betrieben wird.*

Die Initiative lehnen wir zweitens ab, weil sie mehr Bürokratie bedeutet und für die Steuerzahlenden unnötig teuer wird. Die Initiative ist drittens schlichtweg unnötig, weil sie ein Problem herbeischreibt, das in der Realität gar nicht da ist.

Sogar die Initiantinnen und Initianten sind mit uns einig: Uster braucht ein attraktiveres Stadtzentrum; unser Zentrum muss aufgewertet werden, damit es einlädt, dort einzukaufen und dort sich zu begegnen. Für uns bedingt diese Aufwertung, dass Städtebau betrieben werden kann. Dass also die Gestaltung der Hochbauten, die Nutzung der Bauten, die Gestaltung und die Nutzung des Aussenraums als Ganzes angeschaut werden muss. Mit dieser umfassenden Betrachtung muss die beste Lösung gesucht werden. Mit der Parkplatzinitiative erreichen wir das Gegenteil: der Spielraum für guten Städtebau würde erheblich eingengt. Man müsste 'unmögliche' Rahmenbedingungen beachten. Das Resultat wäre ein Gebastel – ein Gebastel, weil man nach Erbslizenzlerart Parkplätze zählen muss, anstatt Städtebau und attraktive Gestaltung zu betreiben. Das können wir in Uster nicht brauchen.

Die Initiative führt auch dazu, dass Uster weniger grün werden kann. Wenn nämlich kein Alternativparkplatz gefunden werden kann, dann darf dieser nicht aufgehoben werden und damit kann kein zusätzlicher Baum gepflanzt werden. Die Initiative nimmt also in Kauf, dass unsere Strassen und Plätze in den immer wärmer werdenden Sommer noch mehr aufgeheizt werden. Nötig wäre aber mehr Schatten durch Bäume.

Und damit sind wir beim zweiten Argument: Ersatz zu finden für Parkplätze im öffentlichen Raum ist sehr aufwändig und teuer. Die SVP fordert also mehr Bürokratie und eine deutlich höhere Belastung des Steuerzahlers. Wahrscheinlich wird es auch so sein, dass häufig gar keine Lösung gefunden wird und damit der Parkplatz bestehen bleiben muss, obwohl es aus städtebaulicher Sicht nicht nötig ist. Die Initiative führt zu mehr Bürokratie, weil sie neues Regelwerk verlangt, das ziemlich kompliziert ist. Die über 20-seitige Weisung nur schon zur Initiative zeigt, sie besteht hauptsächlich aus Begriffsklärung, ist ein Vorgeschmack dafür, was es für die Umsetzung braucht.

Und die Initiative ist eine teure indirekte Subventionsmaschine: Einen Ersatzparkplatz wird wohl meistens nur mit viel Geld zu haben sein, entweder weil die Stadt Land kaufen muss oder weil er teuer – und mit viel grauen Treibhausgasemissionen – im Untergrund gebaut werden muss. Und weshalb das: Weil die SVP sagt, dass die Stadt dem Detailhandel, also den Privaten Parkplätze anbieten muss. Das sind nichts anderes als indirekte Subventionen.

Und zum Dritten: Die Initiative ist schlichtweg unnötig – dies haben wir schon gehört mit den Ausführungen der Kommissionsreferentin. Im Zentrum und auch sonst im Stadtgebiet hat es genügend Parkplätze. Die SVP beschreibt ein Problem, das es nüchtern betrachtet gar nicht gibt. Und die Initiative verspricht etwas Falsches bzw. etwas, das gar niemand bieten kann. Nämlich, dass vor jedem Laden für alle Kundinnen und Kunden jederzeit ein oberirdischer Parkplatz zur Verfügung steht. Bei so vielen Kundinnen und Kunden, die wir alle im Ustermer Zentrum wünschen, sind das schlicht und einfach Phantasievorstellungen.

Es ist klar: Es hat genügend Parkplätze, das hat die Erhebung des Stadtrates schwarz auf weiss gezeigt. Wer etwas anderes behauptet, argumentiert nicht sachlich und nicht faktenbasiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Verschont uns vor einem teuren, unnötigen Bürokratiemonster, das kein Problem löst, das Uster nichts bringt und das verhindert, das Stadtzentrum und die Quartierstrassen attraktiver und grüner zu gestalten. Darum ganz einfach: Die Initiative muss abgelehnt werden!

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion **beantragt Jürg Krauer (FDP) Redezeitverlängerung um zwei Minuten, welcher der Gemeinderat stillschweigend zustimmt**, und referiert: *Eine relativ neue Studie vom Handelsverband Deutschland zum Mobilitätsverhalten in Klein- und Grossstädten aus dem Jahre 2022 hat aufgezeigt, dass das eigene Auto von 69 % der Studienteilnehmer häufig benutzt wird, um in die Innenstadt von Kleinstädten zu kommen, für 66 % der Studienteilnehmer ist es zudem das bevorzugte Verkehrsmittel. Auf der Wunschliste zur Mobilität stehen in dieser Studie kostengünstige und nahegelegene Parkplätze zuoberst. Hinter der Studie steht der Einzelhandel, welcher sich gemäss seiner Website für attraktive Zentren mit viel Grün, Spielplätze und emissionsfreie Mobilität einsetzt.*

Die Resultate können sicher nicht 1:1 auf Schweizer Städte übertragen werden, doch geben sie ein Indiz wie das Verhalten der Schweizer Bevölkerung sein könnte. Auch Uster ist eine Kleinstadt. Zudem wollen wir bekanntlich ein regionales Zentrum sein und nach Möglichkeit Auswärtige anlocken. Es gibt also einen ausgewiesenen Bedarf nach genügend Parkplätzen.

Wir dürfen nicht vergessen, es gibt ein Leben ausserhalb unserer rot-grün dominierten „Politiker-Bubble“! Vergangene Parkplatz-Abstimmungen haben gezeigt, dass auch der Ustermer Stimmbevölkerung, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht, die Erreichbarkeit des Zentrums mit dem eigenen Auto und Parkplätze wichtig sind. Die Abstellplatzverordnung wurde 2019 mit deutlichen 61.4 % Nein-Stimmen abgelehnt.

Die vorliegende Initiative dürfte darum bei einer Volksabstimmung durchaus gute Chancen haben. Gemäss Stadtrat hat es heute in Uster genügend Parkplätze, dies hat offenbar eine externe Studie aufgezeigt. Den genauen Bestelltext der Studie kennen wir nicht, daher sind die Resultate schwierig zu beurteilen. Gestern bin ich am späteren Morgen bei leicht bewölktem Himmel zu Fuss durchs Zentrum spaziert: 100 % der Parkplätze vor der Post und 80 – 90% der Parkplätze auf dem Jelmoli-Parkplatz waren belegt. Dies an einem gewöhnlichen Sonntagmorgen. Keine Angst, aufgrund dieser persönlichen Momentaufnahme werde ich jetzt nicht gleich behaupten, dass die Parkplätze in Uster zu 90 % ausgelastet sind.

Es gibt Argumente für und gegen diese Initiative. Auf der Pro-Seite haben wir die Bedürfnisse der Bevölkerung nach individueller Mobilität. Ustermerinnen und Ustermer und hoffentlich auch viele auswärtiger Gäste, sollen in Uster ihren Grosseinkauf machen und wollen hierfür mit dem Auto in die Stadt fahren. Es müssen zudem die Bedürfnisse des Gewerbes berücksichtigt werden, diese stehen natürlich in direkter Konkurrenz zu den sehr gut erreichbaren „Retailern“ am Stadtrand und zu den Einkaufszentren in den Nachbarstädten. Und dann haben wir immer mehr Wohnbauten, bei welchen zu wenig private Parkplätze gebaut werden und dadurch Anwohner und Besucher die öffentlichen Parkplätze belegen.

In der neutralen Mitte gibt es den Wunsch nach einem attraktiven Zentrum. Dies geht in der Regel mit einer hohen Frequentierung einher und diese Menschen müssen irgendwie anreisen. Eine sehr gute Erreichbarkeit des Zentrums für alle Mobilitätsteilnehmer ist daher ein wichtiger Punkt. Die Initiative will dies berücksichtigen. Anders als die Initiative zur Verhinderung der Moosackerstrasse, ist diese Parkplatz-Initiative eben kein Todesstoss für ein attraktives Zentrum.

Auf der Kontra-Seite haben wir den Stadtrat und seine gelebte Strategie, das Auto aus dem Stadtzentrum zu verbannen. Hierfür wird Parkplatz um Parkplatz aufgehoben. In den Quartierstrassen wird alles dem Langsamverkehr und dem Massnahmenkatalog Klima untergeordnet, was ebenfalls die Aufhebung diverser Parkplätze bedingt. So werden beispielsweise gemäss Planaufgabe an der Ackerstrasse voraussichtlich 40 bis 50 der heute 159 vorhandenen Parkplätze aufgehoben, darunter alle 17 öffentlichen Parkplätze.

Wir anerkennen, dass wir mit dem Stadtentwicklungskonzept (STEK) die Stossrichtung für die Weiterentwicklung unserer Stadt vorgegeben haben. Im Grossen und Ganzen ist das STEK stimmig, in den einzelnen Details gibt es aber durchaus Klärungsbedarf. Für diese Diskussionsbeiträge wollen wir uns eine gewisse Flexibilität bewahren. Die Initiative will die Mobilitätsfreiheit schützen, was wir durchaus unterstützen, wir empfinden die Initiative aber etwas starr formuliert. Mit unserem Gegenvorschlag, welchen Sie heute Mittag per eMail erhalten haben, wollen wir daher die Flexibilität bei der Stadtentwicklung bewahren und gleichzeitig die Erreichbarkeit des Zentrums für alle Verkehrsteilnehmer sicherstellen.

Die Forderung nach einem Parkleitsystem haben wir bewusst stehen gelassen. Ein Parkleitsystem, welchem der Gemeinderat bereits 2016 mit 22:9 Stimmen zugestimmt hat, wäre eine sinnvolle Massnahme, um den Parkplatz-Suchverkehr zu reduzieren und damit das Zentrum vom Verkehr zu entlasten. Auch würden die heute offenbar halbleeren Parkhäuser deutlich besser frequentiert. Keine Priorität, keine Kapazität, tönt es aus der Abteilung Bau. Anstatt den Parlamentsauftrag umzusetzen, revidiert man lieber ohne Bedarf die Siedlungsentwässerungsverordnung oder fliegt mit Drohnen über die teuer sanierten Quartierstrassen.

Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem Gegenvorschlag einen mehrheitsfähigen und lösungsorientierten Kompromiss formuliert haben, welcher die Argumente der Pro- und Kontra-Seite gleichermaßen berücksichtigt und empfiehlt, diesen zu unterstützen!

Den alternativen Gegenvorschlag der Grünliberale/EVP-Fraktion erachten wir als zu einseitig. Dieser berücksichtigt nur das Zentrum und gibt dem Stadtrat quasi ein Freipass bei der Umsetzung des STEK. Insbesondere sehen wir auch keinen Unterschied zur heute gelebten Praxis. Von daher ist dieser Gegenvorschlag im Grunde genommen unnötig.

Die diversen in meinem Referat aufgezählten Argumente werden in unserer Fraktion allerdings unterschiedlich gewichtet, aus diesem Grund werden wir nicht geschlossen abstimmen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin (Grünliberale)**: *Wir haben heute über eine Volksinitiative zu befinden, die mit ihrem Titel « in Uster konsumieren – lokal parkieren. Kein Parkplatzabbau in Uster! » impliziert, dass lokales Konsumieren in erster Linie mit der Anwesenheit von öffentlichen Parkplätzen zu tun habe. Das Wort öffentlich taucht im reisserischen Titel nicht auf, ist aber im Initiativtext so erwähnt.*

Die Situation mit den Abstellplätzen ist baurechtlich absolut klar: Für die Erstellung von Parkplätzen für Bewohner, Kunden und Besucher sind grundsätzlich die Grundeigentümer zuständig. Die Parkplätze sind auf den privaten Grundstücken anzuordnen. Die Strasse dient in erster Linie dem Fuss- und Velo- sowie Auto-Fahrverkehr und als Aufenthalts- oder Begegnungsfläche und nicht als Abstellfläche für Fahrzeuge. Es ist somit nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Parkplätze zu erstellen. Flächen, die im Strassenraum auf öffentlichen Grund liegen und als Parkplätze genutzt werden, sind somit nie wirklich zugehörig zu einem Hochbauvorhaben erstellt worden. Weshalb nun die öffentliche Hand jeden öffentlichen oberirdisch wegfallenden Parkplatzes in einer Tiefgarage für absolut teures Geld ersetzen soll, wenn Strassenumgestaltungen anstehen, bleibt mir darum ein Rätsel. Es handelt sich meiner Ansicht nach dabei schlicht und einfach um Verschleuderung von Steuergeldern. Etwas, was ja eigentlich die Initianten im Normalfall vehement bekämpfen.

Die Erhebungen zu den Auslastungen der Parkplätze im Stadtzentrum zeigen zudem klar, dass die bestehenden Parkhäuser immer, auch an sehr gut frequentierten Samstagen, noch freie Kapazitäten haben und bei weitem nicht ausgelastet sind. Ein Parkleitsystem soll zudem zukünftig dabei helfen, die Besucher zu den freien Parkhäusern zu leiten. Die Kapazitäten werden also auch in Zukunft noch lange ausreichen, auch wenn die Bevölkerung noch weiter zunimmt.

Die privaten Parkplätze sind von der Initiative nicht betroffen und können im Rahmen von Strassenumgestaltungsprojekten auch nicht einfach so aufgehoben werden, wenn diese rechtmässig in einem Baubewilligungsverfahren genehmigt wurden.

Ich kann ihnen garantieren, dass ich als Velofahrer und Fussgänger in Uster mehr Geld liegen lasse, als die meisten Autofahrer. Mir ist meine Zeit schlicht zu wertvoll, um in andere Ortschaften auszuweichen. Wenn ich in einem Laden zuvorkommend behandelt werde, mir also zum Beispiel die Uhrenbatterie gewechselt wird, obwohl ich die Uhr nicht im betreffenden Geschäft gekauft hatte, werde ich die nächste Uhr oder ein Schmuckstück in diesem Laden erwerben. Wenn nicht, werde ich wohl zu einem Konkurrenten gehen, allenfalls dann eben doch mal ausserhalb von Uster.

Beim Flanieren in einer Fussgängerzone kaufe ich mir auch noch ein neues Kleid, passend zu der Uhr, oder einen Blumenstrauss, um den Frühling ins Haus zu holen. Vielleicht kaufe ich mir im nächsten Laden auch noch eine Vase in der richtigen Grösse. Und wenn ich schon im Möbelladen bin, bestelle ich mir dann vielleicht auch noch das Sofa, welches ich mir natürlich heimliefern lasse. In der benachbarten Bäckerei hole ich mir noch das Brot für den «Znacht».

So, liebe Gewerbetreibende, funktioniert das Käuferlebnis in einer Stadt und bleibt konkurrenzfähig zu «Online-Shops». Nicht in erster Linie mit einem von der öffentlichen Hand finanzierten Autoabstellplatz unmittelbar vor der Ladentüre. Lokales Konsumieren hängt von so viel mehr als von Parkplätzen ab. Wichtig ist ein guter Angebotsmix, eine kompetente und zuvorkommende Beratung in den Läden, vielleicht die Bereitschaft, einen Lieferdienst anzubieten sowie eine attraktive Umgebung, die zum Flanieren und Verweilen und somit weiterem Konsumieren im benachbarten Laden oder Restaurant einlädt.

Lokal konsumieren – unbedingt, aber Parkieren auf öffentlichen Strassen oder Plätzen muss nicht sein. Die Grünliberale/EVP-Fraktion lehnt diese Initiative ab

Andreas Pauling (Grünliberale): *Die Volksinitiative «In Uster konsumieren – lokal parkieren. Kein Parkplatzabbau in Uster» ist extrem: Öffentliche Parkplätze sollen auf immer und ewig erhalten bleiben. Quasi Denkmalschutz für Parkplätze. Zudem ist die Volksinitiative auch sehr teuer, da unterirdische Parkplätze gefordert werden. Quasi hohe Subventionen für Parkplätze. Bei einer Annahme wird die Stadtentwicklung erheblich eingeschränkt. Die starre Regelung der Parkplätze verunmöglicht es, auf zukünftige Entwicklungen adäquat zu reagieren: Also sehr schädlich für unsere Stadt.*

Andererseits sind wir der Meinung, dass öffentliche Parkplätze auch im Zentrum ihre Berechtigung haben. Unser Gegenvorschlag stellt sicher, dass einerseits die Nachteile der Initiative wegfallen, und dass andererseits genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Die Stimmbewölkerung kann sich dank dem Gegenvorschlag differenziert zur Parkplatzfrage äussern. Ganz nach dem Motto: Nicht gegen Parkplätze, sondern für eine Nutzung der Parkplätze, welche heute in der Stadt wenig benutzt werden!

Im Interesse unserer Stadt bitte ich um Ablehnung der Volksinitiative und um Unterstützung unseres Gegenvorschlages.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Debora Zahn (Grüne)**: *Wir haben es bereits gehört. Die Initiative der SVP ist teuer und unnötig. Sie beschwört ein Problem hinauf, welches faktisch nicht existiert. Die vorhandenen Parkplätze sind nicht ausgelastet (auch zu Spitzenzeiten sind an den beliebtesten Orten gemäss Datenanalyse immer noch freie Parkplätze vorhanden). Im Stadtzentrum von Uster besteht im Vergleich von Angebot und Nachfrage ein Parkplatzüberangebot von rund 500 Parkplätzen! Der Stadtrat plant mit den beiden Projekten «attraktives Zentrum» und «Bahnhofzentrum» nur einen Abbau von rund 50 Parkplätzen. Dies wird kein Problem sein, auch wenn man in Zukunft noch mit dem Auto ins Zentrum fahren will.*

Wenn die Stadt Uster keine Parkplätze aufheben darf, wird es wohl nie eine Fussgängerzone im Zentrum geben. Wir wissen aus anderen Städten: Eine Fussgängerzone erhöht die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes, was Bevölkerung und Gewerbe gleichermaßen zugutekommt. Es kämen sehr hohe Kosten von über 2 Mio. Franken auf uns zu. Möchte das die SVP dem Steuerzahlenden wirklich zumuten? Ausgerechnet diejenige Partei, welches jedes Jahr Steuern senken und das Budget kürzen will?

Die Initiative zielt aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Anstatt sich am zukünftigen Mobilitätsbedürfnis der Ustermer Bevölkerung zu orientieren, möchte sie Parkplätze für Autos sichern. Die umweltschonenden Mobilitätsformen müssen nun endlich in den Fokus rücken. Denn Uster möchte ja letztendlich umsteigen. Wir GRÜNE lehnen die Initiative sowie den Gegenvorschlag deshalb ab.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger (SVP)**: *Der Stadtrat betreibt einen fortwährenden und systematischen Feldzug gegen Parkplätze, der diese Initiative überhaupt erst entstehen liess. Daher vielen Dank, lieber Stadtrat, für den tollen Steilpass! Kaum war Rot/Grün im Stadtrat in der Mehrheit, attackierte er die privaten Parkplätze mit der Abstellplatzverordnung (APV). Die Stimmbevölkerung zeigte dem Stadtrat bei der Referendumsabstimmung aber wuchtig die rote Karte und verwarf die einseitige APV. Eine riesige Niederlage und ein klares politisches Signal!*

Der Stadtrat, weiter verbohrte in seinem Kampf gegen Parkplätze aller Art, wandte sich unbeirrt den öffentlichen Parkplätzen zu. Im Zentrum ist gleich für mehrere Dutzend Parkplätze die Aufhebung geplant. Das könnte mit einer Tiefgarage unter dem Zeughaus etwas abgefedert werden. Diese Gelegenheit kommt nie mehr! Also beenden wir den politischen Unsinn mit keinen oder nur wenigen Plätzen unter dem Zeughaus und bauen die Tiefgarage ganz aus.

Und auch in den Quartieren strich und streicht der Stadtrat bei Strassensanierungen zahlreiche Parkplätze: z.B. bei der Sanierung der Ackerstrasse gleich 17 öffentliche Parkplätze, obwohl die Parkierungssituation dort prekär ist.

Sogar in der linken Stadt Zürich haben die Anwohnerinnen und Anwohner bemerkt, dass sie mit ihren Abstimmungsergebnissen ein Eigentor geschossen haben und versuchen nun mit Petitionen, den Parkplatzabbau zu stoppen. Das sollte auch uns eine Lehre sein.

Denn ob man es wahrhaben will, oder nicht: Es besteht ein Bedürfnis nach öffentlichen Parkplätzen, sowohl im Zentrum, als auch in den Quartieren. Und davon müssen ein paar Kurzzeitplätze oberirdisch sein und den Nutzerbedürfnissen entsprechen. Die Handwerkerin mit dem hohen Lieferwagen möchte doch auch in Uster am Mittag kurz den Zmittag in der Migros kaufen können. Und der Arbeiter auf dem Heimweg bei heftigem Regen nur für zwei Minuten den eingeschriebenen Brief in der Post abholen. Es ist uns schon klar, dass in der Welt des Stadtrates und den sonstigen Parkplatz-Gegnern solche Personen nicht vorkommen. Aber in der Wirklichkeit eben schon.

Der Stadtrat wird nicht müde, zu betonen, dass die Initiative ein nicht vorhandenes Problem lösen möchte. Dabei ist doch der Stadtrat mit aller Kraft daran, dieses Problem eben zu schaffen. Es handelt sich sozusagen um eine Präventiv-Parkplatz-Erhalt-Initiative. Und wir können nicht genug betonen, dass wir keinen Bau von Parkplätzen fordern, nur den Ersatz. Auch wenn die Gegner der Initiative ständig von neuen Parkplätzen sprechen.

Der Stadtrat stützt sich auf eine Studie, wonach es immer viel zu viele Parkplätze habe. Hier muss man aber bemerken:

Die Parkplatz-Zählung wurde durch den Stadtrat in Auftrag gegeben und durch den Stadtrat (bzw. die Steuerzahler) bezahlt. Entsprechend fiel das Resultat der Studie aus. Wie bestellt halt...

Die Zählweise ist teilweise abenteuerlich (Mieterparkplätze werden mitgezählt etc.) und behandelt ein nicht relevantes Problem: Die Initiative federt die Parkplatzprobleme zu den Spitzenzeiten ab.

Der Stadtrat schaut sich vorzugsweise den Tagesdurchschnitt an, wo er kein Problem erkennen kann. Es ist auch den Initianten klar, dass es morgens um 2 Uhr noch freie Parkplätze im Illuster hat. Aber darum geht es ja eben nicht.

Der Gegenvorschlag der FDP kommt für uns nicht in Betracht, da spätestens seit der letzten Gemeinderatssitzung und dem Abstimmungsverhalten der SP das STEK sowieso wertlos ist. Ebenfalls können wir den Gegenvorschlag der Grünliberale/EVP-Fraktion nicht gutheissen, da die Initiative für das ganze Stadtgebiet gelten muss.

Denn, wie gehört, sind auch die wenigen öffentlichen Parkplätze in den Quartieren unter Druck. Und wer denkt, dass man mit ein paar Einzelbäumen anstatt Parkplätzen das Klima retten kann, hat wohl etwas beim Thema Klimawandel nicht ganz verstanden.

Und für alle, die sich auf den Standpunkt stellen, dass die Erstellung von Parkplätzen Privatsache sei, erinnere ich gerne an ihr Abstimmungsverhalten bei der APV, womit wir den Bogen an den Beginn des Referats geschlossen haben.

Wir sind überzeugt, dass die Initiative einem Bedürfnis der Stimmbevölkerung entspricht und eine deutliche Mehrheit findet.

Balthasar Thalmann (SP): *Ich habe vorhin behauptet, die Initianten würden nicht faktenbasiert argumentieren: Die Vorlage zur APV wurde 2018 dem Gemeinderat vorgelegt, als der Bauvorstand Mitglied der FDP gewesen ist. Zum Abbau von Parkplätzen im Zentrum: Es gab dort seit Jahren immer mehr Parkplätze. Ich erinnere an Kern Süd und Kern Nord. Wichtig zu überlegen ist, was ist öffentliche und was private Aufgabe. Ich möchte nochmals auf die Tatsache aufmerksam machen, dass die Initiative fordert, dass die öffentliche Hand zugunsten von Privaten relativ teure Parkplätze erstellt. Es geht nicht um den Abbau von privaten Parkplätzen oder ein Verbot davon. Diese Unterscheidung ist sehr wichtig.*

Anita Borer (SVP): *Im Zentrum flanieren ohne Auto - ja, das klingt gut, das will ich auch. Doch macht das Ganze nur Sinn, wenn es noch Geschäfte im Zentrum hat, die dieses beleben. Wie wir gehört haben – ein belebtes Zentrum wollen wir ja offenbar alle.*

Und genau hier liegt der Hund begraben. Der Mensch und nicht zuletzt der Kunde ist nun mal bequem. Der Einkaufswillige parkiert dort, wo er einfach zu einem Parkplatz kommt, ohne ewig lange herumzukurven und zu suchen. Ob mit oder ohne Parkleitsystem.

Wer für eine Party eine Bestellung abholen muss, seine Kleider in die Reinigung bringen will oder schnell noch etwas aus der Apotheke oder von der Post holen will, der sucht dafür nicht lange nach einem Parkplatz.

Zu Balthasar Thalmann: Es braucht dazu auch nicht für jeden Kunden einen oberirdischen Parkplatz.

Zu Ursula Räuftlin: Deine vielen Einkäufe in Uster finde ich super, doch die müssen irgendwo verstaut werden und es sind nicht alle so flink.

Und liebe Grüne: leider gehen die meisten dann auch nicht mit dem Velo raus für eine kleine und schon gar nicht für eine grosse Besorgung. Vor allem, wenn das Wetter so unbeständig ist wie aktuell. Da müssen wir ehrlich sein, wir können zwar Anreize schaffen, doch wir können und sollen die Leute nicht bevormunden.

Zu Debora Zahn noch etwas zu den Kosten: Wenn die Stadt keine Parkplätze abbaut, dann kostet die Volksinitiative auch nichts.

Die Leidtragenden dieser Umerziehungspolitik sind unsere Gewerbetreibenden, deren Kundschaft nach Volketswil oder ins Glatt abwandert, und die vielen Handwerker, die eben nicht mal schnell zufahren und halten können.

Stimmen Sie der Initiative – im Sinne unseres lokalen Gewerbes – zu und lehnen Sie die komplizierten Gegenvorschläge ab.

Benjamin Streit (SVP): *Der Stadtrat von Uster will den Fokus im Verkehr vermehrt auf Fussgänger, Velos und den ÖV legen.*

Was ihm scheinbar nicht klar ist, der Mensch hat das Rad erfunden, weil er vorwärtskommen will. Natürlich möchte der Stadtrat aus Uster eine weitere Rot-Grüne Oase formen und in diesen will man das Auto nicht mehr haben.

Leider wird das Geld, welches die linken in Form von Steuergeldern so gerne einnehmen und noch viel lieber ausgeben (siehe Nachtragskredite, steigende Budgets usw. wir kennen es ja) von niemandem mit Velos und Trottinets verdient.

Vielmehr sollte endlich den Tatsachen in die Augen geschaut und faktenbasiert gehandelt werden. Es wird dort eingekauft, wo die Menschen hingelangen.

Machen Sie uns nichts vor, niemand geht zu Fuss einkaufen und trägt zwei oder mehr Einkaufstaschen mehrere hundert Meter oder gar ein paar Kilometer, schon gar nicht bei Regen! Und die paar wenigen, welche den Velokinderanhänger für den «Grosseinkauf» missbrauchen, „lupfen“ unserer Gewerbe und die Einkaufszentren auch nicht raus.

Uster – die Stadt hinter den Schranken mit hohen Steuern und bald ohne Parkplätze! Oder wer nicht in die linke Welt passt, ist unerwünscht. So kann man es treffend sagen. In weiterer Zukunft dann ohne Unternehmen und Arbeitsplätze.

Mit Volketswil, Wetzikon und Hinwil ist die Regionalkonkurrenz sehr stark, was das Einkaufen mit dem Auto betrifft. Negative Signale mit einem systematischen Parkplatzabbau gefährden den Standort Uster nachhaltig.

Zudem ist die Zuwanderung, welche bekanntlich von linken Parteien immer noch forciert wird, nach wie vor hoch und mit ihr das Bevölkerungswachstum. Mehr Menschen brauchen mehr Platz, es gibt mehr Wirtschaftswachstum und es wird mehr Verkehrsfläche benötigt und somit bestimmt kein Parkplatzabbau.

Leider lehnt die Standortgemeinde Uster alles ab, beziehungsweise bekämpft alles, was volkswirtschaftlich Sinn macht. Schliesslich ist sie eine links geführte Gemeinde und ich habe bis jetzt noch nie ein vom Sozialismus geführtes Gemeinwesen gesehen, welches erfolgreich war, was die Wirtschaftspolitik betrifft!

In der Planwirtschaft kurzfristig vielleicht ja, aber langfristig nicht! Geschätzte Damen und Herren! Lachen Sie nur, die Wirtschaft läuft und die Leute arbeiten. Noch fliessen Milch und Honig!

Dier Parkplatzabbau des linken Stadtrates versinnbildlicht den Ustertag von 1830 beispielhaft in der Moderne. (Wegen ihrem Handeln, geschätzter Stadtrat und der linken Ratsseite, feiern wir diesen heutzutage und das hat grosse Berechtigung, wie wir hier drin gerade hören.) Die Randregionen der Stadt Uster inklusive ihrer Aussenwachen sowie die Nachbargemeinden haben keinen Platz in Uster, wenn es nach der linken Stadtborgigkeit geht. Um Steuern zu bezahlen sind sie gerade recht, aber ihre lebensbedingten Besorgungen und den Kauf von Konsumgütern sollen sie dann bitte irgendwo anders erledigen.

Unserer Meinung nach, soll auch, wer die Vitalität oder Fähigkeit hat, zu Fuss zu gehen oder kein Velo besitzt – es sind nicht alle Ustermer Sportler wie Balthasar Thalmann – die Möglichkeit haben, seine Besorgungen in Uster zu erledigen. Und hierzu soll ein geschäftsnahes parkieren im Zentrum möglich sein. Ein Uster für Alle eben. Ihr Denkmalschutz gefällt mir auch nicht immer.

Balthasar Thalmann (SP): *Das Referat von vorhin will ich nicht kommentieren, denn ich bräuchte dann eine Redezeitverlängerung. Ich und meine Familie haben kein Auto. Wenn keine oberirdischen Parkplätze abgebaut werden sollen, weil das für das Gewerbe schädlich ist, dann bin ich ja gespannt, wie der Gewerbeverband auf das Projekt Maison Hulot reagiert. Dort werden alle oberirdischen Parkplätze des Jelmoli-Parkplatzes abgebaut, und zwar ohne Zutun des Stadtrates. Ich freue mich, wenn ich auch eine Kopie des Schreibens des Gewerbeverbandes an die Swiss-Prime-Site erhalte, wo dieser die Investorin auffordert, doch auf das vorliegende Projekt zu verzichten.*

Ursula Räuftlin (Grünliberale): Ich möchte beliebt machen, die gesetzlichen Grundlagen zu konsultieren. Die Erstellung von Parkplätzen ist im Planungs- und Baugesetz (PBG) geregelt. Demnach sind Parkplätze im Zusammenhang mit Bauvorhaben zu erstellen. § 243 Abs. 2 PBG sieht auch vor, dass «Bei bestehenden Bauten und Anlagen kann ohne Zusammenhang mit Änderungen die Schaffung oder Aufhebung von Abstellplätzen verlangt werden, wenn der bisherige Zustand regelmässig Verkehrsstörungen oder andere Übelstände bewirkt.» Für die Schaffung oder Erhaltung von ausreichend Parkplätzen in den Quartieren müssen nicht aufgemalte Parkfelder im Strassenraum zur Verfügung stehen. Es ist vielmehr so, dass wenn zu viel auf den Strassen geparkt wird und dadurch Probleme entstehen, die Angestellten der Bauabteilung aktiv werden müssten und gemäss diesem PBG-Paragrafen die Erstellung von weiteren Parkplätzen auf privatem Grund von den Grundeigentümern einfordern müssten.

Als zweiten Punkt aus baurechtlicher Sicht möchte ich noch auf die «nützliche Distanz» für die Abstellplätze hinweisen. Die Initianten sprechen von 100 m, die sie als zumutbar erachten. Gemäss gängiger Rechtsprechung – man kann dies beim Parlamentsdienst einsehen in den Büchern «Zürcher Planungs- und Baurecht» – wird im Innenstadtbereich eine Distanz von 300 m als «nützliche Entfernung» betrachtet. Es ist also eine Illusion, wenn man glaubt, die aufzuhebenden Parkplätze lägen dann wirklich noch im engeren Stadtzentrum oder in derselben Strasse in einem Quartier.

Markus Ehrensperger (SVP): Die Abteilung Bau würde das gerne anschauen nach der Ablehnung APV, aber das geht leider so nicht. Wir können Privaten nicht verbieten, Parkplätze zu bauen. Bei meinem Einfamilienhaus darf noch ein einziger Parkplatz für acht Parteien gebaut werden.

Hans Denzler (SVP): Ein „Krieg“ zwischen Velo und Auto führt nicht zum Ziel. Für grosse Einkäufe wird das Auto verwendet, liebe Ursula Räuftlin. Wir sind auf Velo und öffentlichen Verkehr angewiesen. Wir haben aussen liegende Gemeinden, die an den öffentlichen Verkehr nicht gut angeschlossen sind. Dafür braucht es Parkplätze. Und das „Glatt“ hat Gratis-Parkplätze. Wir müssen für alle eine Lösung finden.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: Vielleicht zuerst eine Vorbemerkung zu Benjamin Streit. Ich bin in Nossikon in einer fünfköpfigen Familie ohne Auto aufgewachsen. Mein Vater hat am Samstag den Wocheneinkauf immer mit dem Velo erledigt. Und wie man sieht, ich bin nicht verhungert. (Heiterkeit im Saal)

Jetzt aber besten Dank für die Diskussion. Es bestätigt sich einmal mehr: Parkplätze polarisieren – auch in Uster. Gerade weil Parkplätze polarisieren, ist eine nüchterne Analyse nötig. Diese hat der Stadtrat gemacht und seine Haltung dann daraus abgeleitet.

Bei einer nüchternen Analyse muss man sich zuerst fragen: Welches Problem will die Volksinitiative genau lösen? Sie moniert, es gäbe in Uster zu wenige Parkplätze, es würden ständig Parkplätze abgebaut und darunter leider am Ende vor allem das Gewerbe.

Der Stadtrat hat im Rahmen seiner Überlegungen zum Zentrum alle öffentlichen Parkplätze erhoben und auch die Belegungszahlen dazu. Das Resultat, es wurde bereits gesagt: Es gibt rund 1000 Parkplätze im Zentrum. Diese sind aber an Wochentagen höchstens zu 50% belegt, an Samstagen bis zu 70%. Und auch in den umsatzstärksten Stunden, die wir in den letzten drei Jahren haben finden können, nicht über 90%. Es hat also immer genügend, meistens sogar viele freie Parkplätze.

Und hier muss ich jetzt einen kleinen Einschub machen: Liebe SVP, es ist klar, diese Zahlen unterlaufen Ihr Narrativ. Und es ist darum auch klar, dass Sie probieren, diese Zahlen in Zweifel zu ziehen. Aber bitte behaupten Sie nicht etwas wider besseren Wissens!

In einem Bericht des AvU von letzter Woche – und im Fraktionsreferat ist das heute wiederholt worden – haben Sie dem Stadtrat unterstellt, er rechne die Belegungszahlen schön, indem er einen Tagesdurchschnitt berechne und es ja klar sei, dass ein leeres Parkhaus in der Nacht diesen Tagesdurchschnitt herunterdrücke. Wir haben der KPB diese Auswertung ja zur Verfügung gestellt. Und zumindest die vier SVP-Vertreter in dieser Kommission müssten darum wissen, dass diese Behauptung nicht richtig ist, denn wir weisen darin die Zahlen separiert für verschiedene Zeitfenster aus.

Einfach ein Beispiel, und zwar die grösste Parkierungsanlage, das Parkhaus Illuster: 320 öffentliche Parkplätze, Auslastung an den Werktagen: Von 8 bis 11 Uhr 38%, von 11 bis 14 Uhr 42%, von 14 bis 17 Uhr 44%, von 17 bis 20 Uhr 30%, von 20 bis 8 Uhr 10%. In keinem einzigen Zeitfenster lag die Belegung über 50%.

Ich könnte das jetzt bei allen anderen Parkierungen auch noch durchexerzieren, aber dafür reicht meine Redezeit nicht. Also, liebe SVP, bleiben Sie trotz Abstimmungskampf bitte bei den Fakten und behaupten Sie nicht etwas, von dem Sie wissen, dass es nicht stimmt!

Zurück zur Initiative: Indirekter Auslöser dieser Initiative sind ja zwei Projekte der Stadt Uster für ein attraktives Stadtzentrum und für einen neuen Busbahnhof. Diese Projekte sind – das ist so – nur dann zu realisieren, wenn gewisse Parkplätze aufgehoben werden. Alles in allem sind das nicht ganz 50 Parkplätze. Allerdings kommen im Parkhaus Gerichtsstrasse jetzt noch rund 30 Parkplätzen neu dazu, sodass wir unter dem Strich von einem Abbau von vielleicht 20 Parkplätzen reden. Angesichts der Tatsache, dass es im Zentrum rund 1000 Parkplätze hat und die bei weitem nicht ausgelastet sind, erscheint dem Stadtrat der Streit um 20 Parkplätze – ehrlich gesagt – als eine ziemlich kleinliche Diskussion.

Und das führt zum Fazit des Stadtrates: Diese Initiative will ein Problem lösen, das es gar nicht gibt. Und diese Initiative erkennt auch das wahre Problem des Gewerbes: Das sind nicht fehlende Parkplätze, von denen hat es ja – wie aufgezeigt – genug. Das wahre Problem ist die fehlende Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum: Es lädt nicht ein zum „Lädelen“, zum Flanieren, zum Verweilen. Von einem Zentrum mit attraktiven Aussenräumen profitieren nicht nur die Leute, sondern nicht zuletzt auch das Gewerbe, die Läden und die Restaurationsbetriebe. Und diesen Bemühungen legt diese Initiative unnötigerweise Steine in den Weg.

Und sie legt – und das ist mein letzter Punkt, Herr Präsident – uns auch bei der Anpassung der Stadt an den Klimawandel Steine in den Weg. Die Argumente der Initianten zielen nur aufs Zentrum ab, der Initiativtext betrifft aber das gesamte Stadtgebiet, also auch Wohnquartiere und die Quartierstrassen. Wenn wir solche Quartierstrassen im Rahmen von Sanierungen umgestalten wollen, grüner machen wollen, einen Beitrag zur Kühlung der Stadt leisten wollen, aber dabei keinen einzigen Parkplatz in Frage stellen dürfen, dann werden wir diese Ziele nicht erreichen können. Und das ist – davon ist der Stadtrat überzeugt – nicht im Interesse der Ustermer Bevölkerung.

Damit komme ich zum Antrag: Der Stadtrat beantragt Ihnen die vorliegende Volksinitiative den Stimmberechtigten zur Ablehnung zu empfehlen. Der Stadtrat hat Ihnen von sich aus auch keinen Gegenvorschlag unterbreitet. Ob Sie einen dieser beiden jetzt vorgestellten Gegenvorschläge gutheissen wollen, ist selbstverständlich Ihnen überlassen. Der Stadtrat hat von diesen eingereichten Anträgen erst heute Kenntnis erhalten und hat darum natürlich diese Gegenvorschläge auch nicht beraten können.

Präsident Patricio Frei (Grüne): *Wir kommen ans Ende einer lebhaften Debatte.*

Detailabstimmungen

Die FDP/Die Mitte-Fraktion beantragt folgende Ziffer 3 (neu):

Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates wird zugestimmt. Dieser lautet wie folgt: «Bestehende Gemeindeerlasse oder Planungsbeschlüsse sind so anzupassen bzw. neu zu beschliessen, dass öffentliche Parkplätze nur dann aufgehoben werden können, wenn die Entwicklung der Stadt gemäss STEK wesentlich behindert wird und wenn in der Nähe (Fussdistanz 300 Meter) nachweislich genügend öffentlich verfügbare Parkplätze frei sind oder innert nützlicher Frist (maximal ein Jahr) geschaffen werden. Für das Zentrum ist ein Parkleitsystem einzurichten.»

Die Grünliberale/EVP-Fraktion beantragt folgende Ziffer 3 (neu):

Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates wird zugestimmt. Dieser lautet wie folgt: «Der Gemeinderat hat bestehende Gemeindeerlasse oder Planungsbeschlüsse so anzupassen bzw. neu zu beschliessen, dass öffentliche Parkplätze im Stadtzentrum nur dann aufgehoben werden können, wenn die Entwicklung der Stadt gemäss STEK wesentlich behindert wird oder wenn in der Nähe (Umkreis 300 Meter) nachweislich genügend öffentlich verfügbare Parkplätze bestehen oder innert nützlicher Frist (ein Jahr) geschaffen werden können. Für das Zentrum ist ein Parkleitsystem einzurichten.»

Begründung: Die Initiative ist extrem und sehr teuer. Bei einer Annahme wird die Stadtentwicklung erheblich eingeschränkt. Die starre Regelung der Parkplätze verunmöglicht es, auf zukünftige Entwicklungen adäquat zu reagieren. Nicht gegen Parkplätze, sondern für eine Nutzung der Parkplätze, welche heute in der Stadt wenig benutzt werden!

Der Gegenvorschlag stellt sicher, dass einerseits die Nachteile der Initiative wegfallen, und dass andererseits genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Die Stimmbevölkerung kann sich dank dem Gegenvorschlag differenziert zur Parkplatzfrage äussern.

Präsident Patricio Frei (Grüne): Zuerst ist der Text des Gegenvorschlags zu bereinigen. Der Antrag der FDP/Die Mitte-Fraktion und der Antrag der Grünliberale/EVP-Fraktion sind gleichgeordnete Anträge (Art. 75 Abs. 4 OrgErl GR). Geheime Abstimmung ist bei der Bereinigung dieser Anträge ausgeschlossen (§ 25 Abs. 1 Gemeindegesetz [GG]).

Der Antrag FDP/Die Mitte-Fraktion erhält 15 Stimmen.

Der Antrag Grünliberale/EVP-Fraktion erhält 16 Stimmen.

Damit ist dem Antrag der Grünliberale/EVP-Fraktion zugestimmt worden.

Präsident Patricio Frei (Grüne): Die FDP/Die Mitte-Fraktion beantragt, zuerst über den Gegenvorschlag und danach über die Volksinitiative abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden?

Ursula Räuftlin (Grünliberale) wünscht 30 Sekunden Auszeit wegen der dahinterstehenden Taktik.

Präsident Patricio Frei (Grüne) stellt fest, dass der Rat mit der kurzen Auszeit und danach mit dem Vorgehen bei der Abstimmungsreihenfolge einverstanden ist.

Für **Jürg Krauer (FDP)** war als Stimmenzähler *soeben unklar, welche Gemeinderatsmitglieder er bei der Auszählung zu berücksichtigen hatte*.

Präsident Patricio Frei (Grüne): Die Abstimmung wird wiederholt.
Das Abstimmungsergebnis ist identisch.

Schlussabstimmungen

Die Mehrheit der KPB beantragt mit Stichentscheid Präsident folgende Ziffer 3 (eventuell Ziffer 4):

Die Volksinitiative wird angenommen.

Die Minderheit der KPB beantragt folgende Ziffer 3 (eventuell Ziffer 4):

Die Volksinitiative wird abgelehnt, d. h. Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Mehrheit: Hans Denzler (SVP), Präsident Markus Ehrensperger (SVP), Jürg Krauer (FDP), Benjamin Streit (SVP)

Minderheit: Karin Niedermann (SP), Ursula Räuftlin (Grünliberale), Balthasar Thalmann (SP), Debora Zahn (Grüne)

Abwesend: Ulrich Schmid (SVP)

Der Gemeinderat beschliesst:

Ziffer 1 wird mit 35:0 Stimmen angenommen.

Ziffer 2 wird mit 35:0 Stimmen angenommen.

Ziffer 4 (eventuell 3): Wer den Gegenvorschlag annehmen will, stimmt mit JA. Wer den Gegenvorschlag ablehnen will, stimmt mit NEIN.

Der Gegenvorschlag wird mit 7:27 Stimmen a b g e l e h n t .

Ziffer 3 (eventuell 4): Wer die Volksinitiative annehmen will, stimmt mit JA. Wer die Volksinitiative ablehnen will, stimmt mit NEIN.

Die Volksinitiative wird mit 15:20 Stimmen a b g e l e h n t .

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Vom Zustandekommen und dem Inhalt der Volksinitiative «In Uster konsumieren – lokal parkieren. Kein Parkplatzabbau in Uster!» wird Kenntnis genommen. Diese lautet wie folgt: «Der Gemeinderat hat bestehende Gemeindeerlasse oder Planungsbeschlüsse so anzupassen bzw. neu zu beschliessen, dass öffentliche Parkplätze nur dann aufgehoben werden können, wenn sie in der Nähe und innerhalb von 6 Monaten ersetzt werden. Insbesondere im Stadtzentrum ist ein unterirdischer Ersatz anzustreben. Der Ersatz ist vor der Aufhebung nachzuweisen. Die Anzahl der am 01.01.2022 tatsächlich bestehenden und planerisch rechtskräftig feststehenden öffentlichen Parkplätze darf nicht unterschritten werden.»**
- 2. Die Volksinitiative wird für gültig erklärt.**
- 3. Die Volksinitiative wird a b g e l e h n t .**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

4 Postulat 501/2022 von Andrea Grob (FDP), Jürg Krauer (FDP) und Gianluca Di Modica (FDP): Operative Umsetzung der Altersstrategie "Ambulant vor Stationär"; Bericht und Antrag des Stadtrates

Andrea Grob (FDP) nimmt Stellung: *Mit Spannung erwarteten wir den Bericht zu unserem Postulat «Operative Umsetzung der Altersstrategie Ambulant vor Stationär». Mit Irritation hat unsere Lesung geendet. Wieso? Auf den ersten sechs Seiten wird unsere Begründung zur eigentlichen Fragestellung detailliert mit aktuellen Zahlen bestätigt sowie die bereits bekannte Altersstrategie 2030 vorgestellt. Weiter wird dann unsere Aussage bestärkt, dass Genossenschaften grundsätzlich an längerfristigen Mietverhältnissen interessiert sind und Mieterinnen und Mieter bevorzugen, welche noch relativ fit sind. Das heisst im Umkehrschluss, dass es für ältere Personen in Uster praktisch unmöglich ist, eine Wohnung zu finden, damit sie mit Unterstützung von ambulanten Massnahmen möglichst selbstständig das Alter geniessen können.*

Ich möchte an unsere Fragestellung erinnern: «Welche konkreten Lösungen und ... Kooperationen mit privaten und öffentlichen Institutionen sich anbieten?» Also beispielsweise einer Zusammenarbeit mit anderen Pflegezentren, welche für ältere Menschen alles unter einem Dach anbieten? Diese äusserst zentrale Frage wurde gerade einmal mit einem knappen 8-Zeiler ohne eigentliche inhaltliche Aussage beantwortet. Nochmals, mit unserem Postulat wollten wir uns nach der operativen Umsetzung der Altersstrategie erkundigen. Ebenfalls keine Antwort gibt's auf die Frage der zukünftigen Zimmerstrategie (ein Bett oder zwei Betten).

Kurzum: Der Bericht ist zwar äusserst detailliert und interessant – keineswegs erfüllt er aber die seriöse Ausarbeitung unserer Fragestellung. Der Bericht macht eher den guten Eindruck eines Verkaufsinstrumentes der Altersstrategie 2030. Unser Postulat wurde im Rat einstimmig überwiesen. Antworten auf unsere Fragen interessieren offenbar den ganzen Gemeinderat. Umso enttäuschender ist nun das Ergebnis. Und deshalb muss ich auch nicht mehr dazu sagen, ausser: Wir verlangen einen Ergänzungsbericht, in welchem unsere gestellten Fragen beantwortet werden. Das Thema ist zu wichtig, als dass wir es einfach auf die lange Bank schieben können. Wir bitten euch daher, dieser Forderung nach einem Ergänzungsbericht zuzustimmen.

Für die SP-Fraktion referiert **Tanja Göldi (SP)**: *Vor etwa einem Jahr wurde die Verordnung über die Gemeindegzuschüsse revidiert. Während es stimmt, dass dadurch bezüglich der Mietzinsübernahmen eine Besserung erreicht wurde, ist es auch so, dass nun keine Gemeindegzuschüsse mehr ausbezahlt werden welche zum Beispiel für die Bezahlung von Begleitung oder für Hilfsmittel ausgegeben werden können und sonst nicht finanzierbar sind. Für mich bleibt da ein gewisses Fragezeichen, ob das wirklich, um den Schwerpunkt 2 der Altersstrategie zu zitieren, « die soziale Wohlfahrt der älteren Menschen sichert und innovative Angebote fördert».*

Im Bericht wird erwähnt, dass bezüglich der Ergänzungsleistungen auf Kantons- und Bundesebene Änderungen geplant sind. Wir sind auf die Änderungen gespannt und froh, dass auch geprüft werden soll, ob es weiterhin Lücken gibt und ob es andere Finanzierungsmöglichkeiten von Betreuungsleistungen für EL-Bezügerinnen und –bezüger braucht. Wir werden, dass sicher weiter beobachten.

Es werden bereits viele wichtig und gute Dienstleistungen über die Spitex und die Heime der Stadt Uster geleistet und stetig weiterentwickelt. Diese starken Angebote in städtischer Hand finden wir sehr wichtig und unterstützungswert.

Was uns leider im Bericht fehlt, ist, was konkret getan wird, um Alterswohnungen zu fördern und um vor allem auch über 80jährigen einen Umzug in eine Alterswohnung zu ermöglichen. Es kann unserer Meinung nach nicht sein, dass dies nur für Menschen, «die es sich leisten können», aber nicht für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen möglich ist. Wir haben hier die Erwartung das dies weiter geprüft wird.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Natalie Lengacher (Grüne)**: *Der Stadtrat hat in seinem Bericht sehr ausführlich aufgezeigt, wie die Strategie „Ambulant vor Stationär“ in Uster verfolgt und umgesetzt wird. Wir entnehmen dem Bericht, dass die Altersstrategie 2030 unter anderem dasselbe Ziel verfolgt. Auch ohne das Postulat wäre der Stadtrat also auf Kurs gewesen und wir fühlen uns in kompetenten Händen.*

Die Handlungsfelder der Altersstrategie 2020 zeigen beispielsweise auf, wie die Stadt Uster in der Altersarbeit gezielt Verantwortung übernimmt, Sozialräume weiterentwickelt und für mehr Transparenz sorgt. Die 12 inhaltliche Schwerpunkte beziehen sich auf die relevantesten Bereiche der Altersarbeit.

Wir Grüne begrüßen es besonders, dass der Kanton die Initiative ergriffen hat, Zusatzleistungsbeziehenden ab 2024 gewisse Betreuungsleistungen zu finanzieren. Dies wird dieser Personengruppe ermöglichen, länger als bis anhin in ihrem Zuhause zu verbleiben als dies heute der Fall ist. Dass die Stadt Uster ein Case Management und eine 24-h-Spitex ins Auge fasst, finden wir sehr positiv. Dringenden Handlungsbedarf sehen wir jedoch bei den preiswerten, altersgerechten Wohnungen, welche in Uster sehr schwer zu finden sind. Es gibt zwar einige Projekte, die in nächster Zeit neue Wohnungen zur Verfügung stellen, jedoch reicht das bei Weitem nicht. Uster bietet leider selber keine Alterswohnungen an. In diesem Punkt möchten wir den Stadtrat nochmals ermutigen, seine Strategie konsequent weiterzuverfolgen und sich auch in Zukunft vermehrt für günstige Alterswohnungen in Uster einzusetzen.

Wir Grünen sind nach wie vor überzeugt, dass Uster auf gutem Wege ist und dass die Altersstrategie „Ambulant vor Stationär“ auch in Zukunft weiter vorangetrieben wird.

Andrea Grob (FDP): *Liebe Kolleginnen und Kollegen. Und liebe Natalie, danke für Dein Votum; es ging es um die Altersstrategie. Ich erinnere euch nochmals daran, dass das Postulat einstimmig überwiesen wurde. Aus euren Referaten höre ich nun heraus, dass das Postulat hauptsächlich die Verwaltung beschäftigt habe und keine neuen Erkenntnisse rausgekommen seien. Ja, da habt ihr wohl recht, dies aber nur deshalb, weil das Postulat ungenügend bzw. die wirklich spannenden Fragen gar nicht beantwortet worden sind. Aus diesem Grund ist die Forderung nach einem Ergänzungsbericht nur logisch und ich bitte euch nochmals, einem Ergänzungsbericht zuzustimmen.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvio Foiera (EDU)**: *Ambulant vor Stationär, eine Selbstverständlichkeit müsste man meinen. Leute soweit wie nötig zu unterstützen und Hilfe zu bieten, sie dabei in ihrer Autonomie so wenig wie möglich einzuschränken. Aber nicht nur gesellschaftlich, auch ökonomisch macht das Ansinnen durchaus Sinn.*

Betrachten wir die demographische Entwicklung, sehen wir keine Pyramide, sondern eine bauchige Vase. Die Investitionen in Infrastruktur für stationäre Unterbringung wären immens, nach der Welle der in Rente gehenden Babyboomer jedoch voraussichtlich bereits wieder obsolet. Eine beträchtliche Ausgabe von Volksvermögen also, für eine lediglich wenige Jahrzehnte genutzte, aber doch sehr spezialisierte Infrastruktur.

Die Investition in ambulante Massnahmen lohnt sich also gleich doppelt, gesellschaftlich, wie ökonomisch.

Die Stadtratsantwort lässt jedoch grundsätzliche Fragen offen, wie er diese Herausforderung angehen will und mit welchen Massnahmen. Einem Zusatzbericht können wir zustimmen, ohne hohe Erwartungen an dessen Inhalt zu haben.

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, **Stadträtin Karin Fehr**, nimmt Stellung: *Selbstverständlich nehme ich das Votum Andrea Grobs und ihre Einschätzung zur Kenntnis. Ich bedanke mich für die Diskussion zum Postulatsbericht.*

Der Stadtrat ist sehr wohl der Meinung, den vom Postulat aufgeworfenen Fragen zur ambulanten Versorgung der älteren Menschen im Bericht nachgegangen zu sein. Wir haben über den aktuellen Stand der Umsetzung der Altersstrategie 2030 und zu diversen Dienstleistungen und den vielfältigen Kooperationen der Stadt Uster Stellung genommen und hier auch die nächsten Schritte aufgezeigt.

Tatsache ist aber, dass wir zu dem, was die Postulantinnen «Zimmerstrategie der Heime Uster» bezeichnen, aktuell noch keine Auskunft geben können. Die Angebots- und Immobilienstrategie der Heime Uster wird die Abteilung Gesundheit dem Stadtrat entweder noch vor oder dann unmittelbar nach den Sommerferien zur Genehmigung unterbreiten. Daraus werden die heute von Ihnen monierten fehlenden Informationen zur Zimmerstrategie dann hervorgehen.

Auch bleibt es eine Tatsache, dass für uns die Altersstrategie 2030 die zentrale Grundlage für die Weiterentwicklung der kommunalen Alterspolitik in Uster ist und bleiben wird. Darin ist angesichts begrenzter Ressourcen ein etappenweises Vorgehen bei der Umsetzung festgehalten. An dieses Vorgehen hält sich die Abteilung Gesundheit auch.

In der Altersstrategie ist das Thema Wohnen im Alter ebenfalls aufgeführt. Die steigenden Mietpreise stellen für alle Menschen mit tiefem bis mittleren Einkommen ein sehr grosses Problem dar, nicht nur für Menschen im Alter. Zudem stellt sich die Frage, ob reine Alterswohnungen die Lösung sein werden oder, ob nicht viel mehr generationenübergreifendes Wohnen das Ziel sein sollte.

Sie fordern nun einen Ergänzungsbericht. Mit der Angebots- und Immobilienstrategie der Heime Uster wird Ihnen in Bälde ein Teil der Informationen, der Ihnen heute noch fehlt, geliefert. Ob wir Ihnen in einem halben Jahr konkrete Lösungen für den fehlenden preisgünstigen Wohnraum für ältere Menschen liefern können, darf doch bezweifelt werden. Aus diesem Grunde beantrage ich Ihnen, den Ergänzungsbericht nicht zu überweisen

Andrea Grob (FDP) beantragt einen Ergänzungsbericht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 20:10 Stimmen:

- 1. Der Stadtrat hat einen Ergänzungsbericht vorzulegen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Kenntnisnahmen

Rechtskraftbescheinigung

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 12. Dezember 2022 sind mit Ausnahme der Weisung 7/2022 betreffend Teuerungsausgleich beim Bezirksrat Uster bis 12. Mai 2023 keine Rechtsmittel eingelegt worden (vergleiche Seite 287).

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. März 2023 sind beim Bezirksrat Uster bis 5. Mai 2023 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Anfragen

Folgende Anfrage ist eingereicht worden:

- 529/2023 von Paul Stopper (BPU) vom 27. April 2023: Strassengelder vom Kanton, Erweiterung des Ustermer Bus-Netzes

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 514/2023 von Nina Nussbaumer (SP), Balthasar Thalmann (SP) und Tanja Göldi (SP) vom 30. Januar 2023: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Sekundarschulpflegebeschluss vom 18. April 2023)
- 515/2023 von Nina Nussbaumer (SP), Balthasar Thalmann (SP) und Tanja Göldi (SP) vom 30. Januar 2023: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Stadtratsbeschluss vom 18. April 2023)

Ratsbibliothek

Beim Parlamentsdienst kann eingesehen werden:

Bernhard Ehrenzeller, Patricia Egli, Peter Hettich, Peter Hongler, Benjamin Schindler, Stefan G. Schmid, Rainer J. Schweizer: Die schweizerische Bundesverfassung – St. Galler Kommentar, 4. Auflage. Zürich – Dike Verlag AG, St. Gallen und Schulthess Juristische Medien AG, Zürich – Genf 2022

Dokumente

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 20. April 2023: Maison Hulot, persönliche Einladung zur Projekt-Vernissage am Dienstag, 9. Mai 2023, 18-20 Uhr, Ausstellungscontainer Maison Hulot, Gerichtsstrasse 1, Uster
- 28. April 2023: Streetsoccer-Turnier vom 7. Juni 2023 (Verschiebedatum bei schlechtem Wetter: 14. Juni 2023) mit Anmeldeschluss bis 31. Mai 2023
- 4. Mai 2023: Einladung Züri Velo Cup – Eröffnung Pumtrack, Zeughausareal, 11. Mai 2023, 10:30 Uhr
- 4. Mai 2023: Kulturhaus Central, Einladung Uster-Talk, 11. Mai 2023, 20 Uhr
- 15. Mai 2023: Stadt Uster, Fachstelle Nachhaltigkeit: Einladung „Klimawochen“ vom 14. Mai 2023 bis 9. Juni 2023

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 12. Juni 2023 statt.

Für das Protokoll
26.5.2023

Der Ratsschreiber
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugt

2.6.2023

Der Präsident
Patricio Frei